

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gepaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesucht: 21 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstell.: Duisburg, Hauptstr. 17. Fernr. 3366 und 3357. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 9

Duisburg, den 28. Februar 1925

26. Jahrgang

Die Ziele der Berufsberatung

Von Dr. F. Srup,

Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung, Berlin.

Ostern naht heran. Mit diesem Tage tritt eine große Zahl von Jungen in die Arbeitswelt. Da ist es nun von allergrößter Wichtigkeit, durch die Berufsberatung den Jungen, die in Handwerk oder Fabrik sollen und deren Eltern beizustehen. Wir veröffentlichen mit Hinblick auf das schwerwiegende dieser Frage einen Aufsatz vom Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Srup über die Berufsberatung. In gleicher Zeit weisen wir unsere Kollegen auf die in der nächsten Nummer beginnenden instruktiven Ansätze des Herrn Gewerbeschulrektors Schint über die Berufsschule hin, die für die Förderung unserer Nachkriegswirtschaft mit von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Die Berufswahl oder, richtiger gesagt, die vererblichen Folgen einer verfehlten Berufswahl haben schon früh die Aufmerksamkeit der führenden Köpfe auf sich gelenkt. Man verfolgte z. B. nur den Briefwechsel Friedrichs des Großen mit Voltaire: „Eine Hauptquelle des Elends ist, daß die Menschen nicht an ihrer rechten Stelle sind. Mancher Kaufmann würde besser ein Pächter, mancher Staatsmann ein Stallmeister, mancher Kardinal ein Künstler geworden sein.“ „Die wenigsten haben sich ihre Stellung in der Welt ausgesucht. Geburt oder irgendein anderer Zufall entscheidet über ihren Stand; daher gibt es so manche schlechte Schuhmacher, Priester, Minister und Fürsten.“

Seitdem hat sich Deutschland zum Industriestaat entwickelt. Der Sohn ergreift nicht mehr in den meisten Fällen den Beruf des Vaters. Die Tochter bleibt nicht mehr selbstverständlich bis zur Ehe im Elternhaus. Das Berufsleben hat eine derartige Vielgestaltigkeit angenommen, die Berufe haben sich im Zeichen der Arbeitsteilung so gespalten und spezialisiert, die Anforderungen an den Berufsanwärter sind so viel höhere und der Kampf um Dasein und sozialen Aufstieg ist ein so viel härterer geworden, daß die Möglichkeit von Mißgriffen bei der Berufswahl weit größer und ihre Folgen weit schwerer geworden sind. Die Berufswahl hat sich zum sozialen Problem entwickelt.

Trotz dieser Erkenntnis wird man sich in dieser Zeit der Not, die so manche wichtige Kulturaufgaben zum Erliegen gebracht hat, mit allem Ernst die Frage vorlegen müssen, ob die Lösung des Problems notwendig und die hierfür erforderlichen Aufwendungen gerechtfertigt sind. Muß man in diesen schweren Zeiten, in denen Tausende von Menschen aus ihren Berufsbahnen, aus ihrem wirtschaftlich gesicherten Wirkungskreis geschleudert sind, wohl oder übel in den Kauf nehmen, daß weitere tausend aus Unkenntnis, aus Mangel an Beratungsmöglichkeit, ihren Beruf verfehlen? Darf unter den gegebenen Verhältnissen das Berufsschicksal des einzelnen Maßnahmen des Staates oder der Wirtschaft auslösen?

Für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, überhaupt für das Staatsinteresse ist das Berufsschicksal des einzelnen zwar von geringer, die Summe derartiger Einzelschicksale dagegen von entscheidender Bedeutung. Mit Recht erkönt in dieser Zeit der Not der Ruf nach „mehr Arbeit“. Mit der Quantität der Arbeit allein ist es aber nicht getan. Ebenso wichtig ist die Qualität der Arbeit und damit die Heranziehung eines guten Nachwuchses zur Erzielung von Qualitätsarbeit. Dabei ist in erster Linie an gelehrte Facharbeiter zu denken. Daneben braucht unsere Industrie und besonders unsere Landwirtschaft auch angelernte Arbeiter, und es ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe, auch nach dieser Richtung die Berufswahl zu lenken und durch planmäßige Erziehung und Anlehnung geeigneten Nachwuchses weiterzukommen.

Bedeutungsvoll ist die richtige Berufswahl weiter für die unbedingt nötige Erneuerung der gesunden Berufsmoral und des Berufsidealismus. Hierbei ist nicht an die Auswüchse des Jungstweifens, sondern an ein Wiederaufleben der Berufs- und Schaffensfreude gedacht, die in dem Berufe mehr als eine nackte Existenzmöglichkeit sieht. Qualitätsarbeit hat zur Voraussetzung, daß an die Stelle jener materialistischen Berufsauffassung, die begreiflicherweise während des Krieges überwucherte, die innere Arbeitsfreude, das Zugehörigkeitsgefühl zum erlernten Beruf tritt. Bei der Wahl des Berufes entscheidet es sich häufig, ob der junge Mensch in ein seelisches Verhältnis zu seiner Arbeit tritt, oder ob er alltäglich von Beginn der täglichen Arbeit ab bei ungestörter Verdrängung das Schlüsselzeichen der Fabriklpeife herbeiseht.

Eine vollwertige Berufsmoral kann sich natürlich nur auf einer gesunden allgemeinen Moral aufbauen. Ueber die Notwendigkeit ihrer Hebung und Stärkung besteht kein Zweifel. In erster Linie muß diese Arbeit bei der heranwachsenden Jugend einsehen, und eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist es, den jungen Menschen, die von der Schulbank ins Berufsleben treten wollen, bei der Wahl des Berufes und bei der zweckmäßigen Ausnutzung der vorhandenen Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Freude am Beruf ist das beste Mittel gegen die vererblichen Lockungen der Strafe. Zusammenhänge zwischen Berufswahl und der damit meist verbundenen Arbeitslosigkeit einerseits und der Kriminalität der Jugend andererseits liegen auf der Hand. So waren z. B. in einer Großstadt von 988 Straftaten 387 von Jugendlichen begangen, die am Tage der Tat, und 42 die am Verhandlungstage arbeitslos waren.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dieses große Problem, das Deutschland seit Beendigung des Weltkrieges unablässig beschäftigt, hat bereits mit der Berufsberatung zu beginnen. Betrachtet man die Summen, die von der Wirtschaft und dem Staate aufgebracht werden müssen, um den arbeitswilligen und bedürftigen Erwerbslosen die unbedingt nötigen Mittel zur künftigen Lebensführung zu gewähren, so erkennt man, daß unabhängig von den moralischen und innenpolitischen Wirkungen der Arbeitslosigkeit allein die finanzielle Seite der Erwerbslosenunterstützung eine Lebensfrage für Deutschland ist. Zumal wenn man sieht, daß selbst in Zeiten umfangreicher Arbeitslosigkeit in einzelnen Berufen eine Nachfrage nach Facharbeitern herrscht, und daß die deutsche Landwirtschaft auch in diesen Zeiten für ihren Hackfruchtbaun noch immer auf ausländische Arbeitskräfte zurückgreifen muß.

Welche engen Wechselbeziehungen zwischen der Arbeitslosigkeit sowohl in ihrer Häufigkeit wie in ihrer Dauer, zwischen einer geregelten Berufsausbildung und einem Stellen- und Berufswechsel bestehen, zeigt eine Rundfrage, die das Berufsamt einer rheinischen Großstadt bei den Berufsanwärtern im Mai dieses Jahres veranstaltete. Diese Ermittlungen hatten folgendes Ergebnis:

| Gruppe | Gesamtzahl | Stellenwechsel | Berufswechsel | Arbeitslos gewesen | Dauer der Arbeitslosigkeit |
|------------------|------------|--|---------------|--------------------|----------------------------|
| Gelernte Knaben | 567 | 415 keinmal 114 einmal 28 mehrmals | 83 | 76 Knaben | 20 Jahre |
| Ungel. Knaben | 313 | 81 keinmal 81 einmal 151 mehrmals | 76 | 196 Knaben | 95 " |
| Gelernte Mädchen | 296 | 223 keinmal 54 einmal 19 mehrmals | 33 | 34 Mädchen | 12 " |
| Ungel. Mädchen | 150 | 56 keinmal 37 einmal 57 mehrmals | 24 | 82 Mädchen | 30 " |

Aus dem umfangreichen Material, das die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Qualitätsarbeit beleuchtet, sei nur eine kleine Stichprobe hier wiedergegeben. Die Fachabteilung eines Arbeitsnachweisamtes machte für die Zeit vom 1. April 1923 bis 31. März 1924 unter anderen gleichartigen Ermittlungen folgende Feststellungen aus der Damenkonfektion:

In dem bezeichneten Berichtsjahr wurden rund 19 000 Arbeitslose in der Damenkonfektion gezählt, und zwar 8 000 selbständige Arbeitskräfte und 11 000 Teil- und Zuarbeiter.

Von den qualifizierten selbständigen Arbeitskräften waren arbeitslos

- 1000 Musikerarbeiter im Durchschnitt 2 Monate,
- 3000 erste Kräfte im Durchschnitt 3 "
- 4000 zweite Kräfte im Durchschnitt 4 1/2 "

Von den Teil- und Zuarbeitern waren arbeitslos

- 2000 erste Zuarbeiter im Durchschnitt 4 Monate,
- 7000 zweite Zuarbeiter im Durchschnitt 5 "
- 3000 ungelernete Näherinnen im Durchschnitt 7 "

Die vorstehenden kurzen Ausführungen lassen die Bedeutung einer planmäßigen Berufsberatung erkennen. Sie geben auch Fingerzeige für die der Berufsberatung vorzuschwebenden Ziele. Die Aufgabe der Berufsberatung besteht in erster Linie darin, Personen, die neu in das Berufsleben eintreten oder ihren Beruf wechseln wollen, bei der Berufswahl unter Würdigung der persönlichen Verhältnisse des Einzelnen und unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Volkswirtschaft sachgemäß zu beraten. Die Berufsberatung kann und soll, wie ihr Name sagt, nur raten, unverbindlich, aber gestützt auf berufskundliche, volkswirtschaftliche, arbeitsmarkttechnische und psychologische Erfahrungen. Sie soll überzeugen, aber nicht überreden. Die freie Entscheidung muß bei dieser Schicksalsfrage dem Nachsuchenden oder seinem gesetzlichen Vertreter voll und ganz überlassen bleiben.

Zu eigenen Ausbildungskursen wird die Berufsberatung allerdings erst schreiten, wenn die vorhandenen Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten für die besonderen Zwecke nicht ausreichen. Die genaue Kenntnis dieser verschiedenen Bildungsmöglichkeiten und die Ausnutzung dieser Kenntnisse im Interesse der Nachsuchenden ist für die Berufsberatung unerlässlich.

Endlich und nicht zuletzt ist eine planvolle Berufspolitik Aufgabe der Berufsberatung, die hier hand in hand mit der Schule zu arbeiten hat. Der Lehrerschaft liegt es ob, im letzten Schuljahr die Gedanken der Schüler immer von neuem auf die Wichtigkeit der Berufswahl zu lenken. Nicht häufig genug kann in der Schule betont werden, daß der Beruf nicht allein Broterwerb, sondern Lebensinhalt ist. Erst wenn die Bedeutung der Berufswahl von den Jugendlichen und ihren Eltern erkannt und gewürdigt ist, kann die Berufsberatung einsehen und ganz allgemein die Berufswünsche in eine Richtung lenken, die den Notwendigkeiten der Wirtschaft entspricht.

Die bekannnten „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“

Von Arbeitgeberseite wird immer und immer wieder betont, daß das Dreischichtensystem in der Schwerindustrie die Wirtschaft zu sehr belastet und daher nicht tragbar sei. Daran zu glauben, fällt mehr als schwer.

Ein Streiflicht über diese Sache fällt aus der Schwerindustrie Dipes. Solange die Doppelschicht in den Duper Walzwerken bestand und so oft in Verhandlungen die Rede auf den Achtschichtentag kam, betonten die Arbeitgeber fast allgemein, daß die achtschichtige Schicht für die Walzwerke nicht nur berechtigt, sondern auch für Walzwerke absolut tragbar sei. Erst als der Ansturm in der Grobblechindustrie einsetzte, vollzog sich langsam ein Stimmungswandel und man bemühte sich, in die Front derer einzurücken, die prinzipiell die Vorkriegsarbeitszeit wieder einführen wollten. Als unterdessen immer wieder auf diese eigentümliche Einstellung hingewiesen wurde, erklärte der Vorsitzende der Tarifkommission in einer entscheidenden Verhandlung: „Es ist nicht gesagt, daß wir unsere Arbeiterzeugung gewechselt haben, aber es gibt Leute, die stärker sind als wir.“ Unter dem Druck der Verhältnisse wurde dann von Betrieb zu Betrieb der Achtschichtentag „abgebaut“. Nur eine Firma, die dem Arbeitgeberverband nicht angehört, denkt auch heute noch nicht daran, die Doppelschicht einzuführen. Die Firma Gerking, Walzwerk (Mitglied des Arbeitgeberverbandes) arbeitete 8 Stunden bis zum Herbst 1924. Nachdem dann das Werk längere Zeit stillgelegt und ein Maschinendefekt behoben war, wurde auch hier der Versuch mit der Doppelschicht vorgenommen. Die Firma hat jedoch sehr bald errechnet, daß diese Methode nicht von Vorteil für sie ist und lediglich in ihrem eigenen Interesse gab sie der Belegschaft durch Anschlag bekannt, daß ab 1. Februar der Achtschichtentag wieder eingeführt würde. Jetzt aber erkennen die prinzipiellen Gegner auf dem Plan. Der Arbeitgeberverband gab sich die größte Mühe, die Firma von ihrem „gefährlichen“ Vorhaben abzubringen. Anscheinend ohne Erfolg. Die notwendigen Arbeitskräfte waren bereits eingestellt, als eine „größere Kanone“ aufgeföhren wurde. Herr Dr. Hoff, Vertreter der nordwestlichen Gruppe, wurde zu dieser „widerwärtigen“ auf eigenen Vorteil bedachten Firma delegiert und diesem Eingreifen blieb der Erfolg nicht ver sagt. Die Einführung der Doppelschicht wurde zunächst auf den 1. April hinausgeschoben. Die Arbeitskräfte sind eingestellt und stehen zur Verfügung. Wer die Forderung der Entlohnung der Kollegen aufbringt, müssen wir nicht. Darauf kommt es anseheinend den Arbeitgebern nicht an. Das Prinzip ist gerettet und das ist die Hauptsache. So sehen die „wirtschaftlichen Erwägungen“ der Arbeitgeber in der Schwerindustrie aus. Sch.

Produktionsleistungen

Ein beliebtes Argument der Arbeitgeber gegen eine Reform der Arbeitszeit ist stets der Hinweis auf das Abinken der Produktion. Demgegenüber ist von Interesse, ebenfalls aus dem Munde von Arbeitgebern zu erfahren, wie es in Wirklichkeit mit der Entwicklung der Produktion steht. Dafür nur zwei sehr interessante Belege.

Die Rheinischen Stahlwerke veröffentlichen jetzt ihren Geschäftsbericht, der u. a. nach der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 19. Februar folgende Ausführungen enthält:

„Im neuen Geschäftsjahr nach dem 1. Juli 1924 gelang es, die Betriebe wieder voll in Gang zu bringen, dergestalt, daß sie jetzt eine Gesamtbelegschaft von mehr als 40 000 Köpfen beschäftigen und daß auf den Kohlengruben die Friedensförderung erreicht und überschritten, auf den Stahlwerken eine Leistung erzielt ist, welche die Höchstleistung der Vorkriegszeit sogar nennenswert hinter sich läßt.“

Aus dem in „Stahl und Eisen“ Nr. 4 veröffentlichten Bericht des Direktors der Firma Krupp ist folgende Stelle erwähnenswert:

„... auf der Friedrich-Alfred-Hütte 7 von 10 Hochöfen in Feuer sind. Auf der Friedrich-Alfred-Hütte erreichte die Rohstahlerzeugung wieder die Höhe der Friedenszeit, wobei die heutige Erzeugungsmöglichkeit noch nicht ausgenutzt ist.“

Diese Ergebnisse sind nicht allein auf die Verlängerung der Arbeitszeit, sondern auch auf die in 1924 eingetretene Verbesserung der Gesamtwirtschaftslage zurückzuführen. Kohlen- und Rohstoffmangel, der in den Vorjahren die Wirtschaft so sehr hemmte, ist teilweise zum Stillstand brachte, kam in 1924 mehr als je sehr in Betracht und es konnte an sich mehr geschafft werden. Die Tatsache, daß in der jetzigen Arbeitszeit die Leistung weit die Friedenshöhe überschritt, ist ein Beweis dafür, daß der produktive „Schaden“ einer längeren Arbeitszeit nicht so groß zu sein scheint, wie er von Arbeitgebern dargestellt wird.

Der Kampf um den Urlaub

Im Juni des Jahres 1924 erließ der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie Düren an die Verbandsfirmen ein Rundschreiben, laut dessen die Firmen berechtigt seien, den im Jahre 1923 werksbeurlaubten Arbeitern im Jahre 1924 keinen oder einen verkürzten Urlaub zu gewähren. Dies wurde nun von den einzelnen Firmen der Arbeiterschaft bekannt gegeben und dann gleichzeitig auch vollzogen.

Auf Beschwerde der Arbeiterschaft hin sammelten wir nun bei dem größten Werk der Dürener Metallindustrie die Arbeiterschaft die für Nichtgewährung des Urlaubs in Frage kam und gleichzeitig einigten wir uns innerhalb der 3 Metallarbeiterverbände dahingehend, daß soviel Fälle gesammelt wurden, um im Falle der Zurückweisung des hiesigen Landgerichts die berufungsfähige Summe zu haben, um am Landgericht Nachen Klagen zu können. Gleichzeitig wurde von den Organisationen vereinbart, daß die gesamte Klage an einen Vertreter der Organisationen, um unnötige Unkosten zu sparen, abgetreten werden solle. Unsere Klage wurde vom Oberlandesgericht Nachen als zu Recht erkannt. Die im Jahre 1923 werksbeurlaubten Arbeiter haben Anspruch auf Urlaub. Ob das auch ohne Organisation erreicht werden würde?

Vom Sinn des Betriebsrätewesens

In ihrer Nr. 123 nimmt die „Königsche Zeitung“ unter der Überschrift: „5 Jahre Betriebsrätegesetz“ Stellung zur Betriebsrätefrage. Den sehr beachtenswerten Ausführungen entnehmen wir folgende interessante Stelle:

Im Betriebsrätewesen liegt eine politische Bipolarität. Einmal haben in ihm zwei grundverschiedene Ideen und Kräfte einen Kompromißschiedschlag gefunden, zunächst die russische Idee der Räte, dann der deutsche berufsständische Gedanke, der als Form Gliederung und Vertretung erstrebt, dem Wesen nach Gleichberechtigung, Mitarbeit und abgestufte Gemeinschaft m.M. Der russische Niederschlag im Betriebsrätewesen hat sich zuweilen stark und gefährlich ausgelebt; er ist niedergelämpft worden, aber noch nicht ausgerottet; noch immer wirkt seine Suggestion, und es ist nicht von ungefähr, daß die Form des Betriebsrats und die Sozialgenossenschaft der Belegschaft auf kommunalistische Kräfte und Persönlichkeiten eine starke Anziehungskraft ausüben. Die deutsche, berufsständische Seite hingegen ist gefund; sie hat ja auch das Bürgerlum stark beeinflusst und bedeutet vielen ein starkes, wertvolles Formprinzip gegenüber der ungegliederten Demokratie mit ihren toten Massenkräften, die unberührt gehalten sowie tunlichst betrogen und gelangt werden. Die russische Seite im Betriebsrätewesen — und damit ist zuletzt der russische, gesellschaftsfeindliche Gehalt der Arbeiterbewegung gemeint — muß ausgelotet werden. Das kann aber nicht allein dadurch geschehen, daß man sie bekämpft. Revolutionäre Kräfte sind in der Regel zu leicht berechtigt; jede edle revolutionäre Bewegung hat auch ihre aufbauenden Elemente. Während man die schlechte Seite einer solchen Bewegung mit der einen Hand bekämpft, muß man ihrer guten, d. h. aus dem Zeitbewußtsein heraus berechtigten Seite mit der andern Hand geben, und zwar: Anerkennung, Förderung und Erfüllung. Nur so sorgt man dafür, daß an die Stelle stoffweiser, gefährlicher Revolutionen die lebendige, fortschreitende Evolution tritt. Will man die russische Seite des Rätewesens nachträglich ausmerzen, muß man ihre deutsche, berufsständische Seite mindestens ebenso sehr pflegen wie jene bekämpfen. Das verlangt Einsicht, Opfer und den Mut, neue Wege zu sehen und neue Formen zu erproben, und zwar in erster Linie vom Unternehmertum. Ein richtiger Führer gibt rechtzeitig und freiwillig das Notwendige, damit ihm nicht später gewaltiam alles genommen wird.

Im Sinne der vereinfachten Wesensgestaltung des Betriebsrätegesetzes ist unser Christlicher Metallarbeiterverband stets tätig gewesen.

Der entlassene Betriebsratsvorsitzende oder der hereingefallene Wertführer

Vor einiger Zeit wurde bei der Firma Beed & Felder, Drahtzieherei und Springfederfabrik Jülich, für die sogenannten Federknoter vom Betriebsführer ein Akkordsystem eingeführt. Von der Einführung des Akkordsystems machte der Wertführer dem Betriebsratsvorsitzenden, seinem Kollegen Neumann, Mitteilung. Der Betriebsratsvorsitzende sowie noch ein oder zwei andere Kollegen mußten nun die Federknoter wickeln, die dann von den Knotern fertiggestellt wurden. Der Vorsitzende erklärte dem Wertführer, daß er die Federknoter, welche ja Hand in Hand mit den Knotern arbeiten müßten, auch in Akkord beschäftigen solle. Der Wertführer sagte, dies könne er nicht; er sei jedoch bereit, den Federknotern einen Tagelohn bei neunstündiger Arbeitszeit täglich von mindestens 5 M zu gewähren. Ueber die Angelegenheit wurde dann einstimmigst erreicht. Nach 14 Tagen, und zwar nach Schluß der Lohnperiode wurde vom Wertführer dem Vorsitzenden erklärt, daß er diese Vereinbarung nicht einhalten könne. Der Vorsitzende betonte ihm gegenüber, daß eine Vereinbarung, die abgeschlossen sei, auch eingehalten werden müsse. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde eine neue Vereinbarung geschlossen, laut deren die Federknoter den Stundenlohn plus 30 Prozent Zulage als Akkordzuschlag erhalten sollten. Während nun den Kollegen für die zurückliegende Zeit, wo die Vereinbarung auf mindestens 5 M Tagelohn lautete, nichts bezahlt wurde, wurde ihnen für die nächsten 14 Tage der Stundenlohn plus 30 Prozent, wie vereinbart, ausbezahlt. 14 Tage später, wieder bei Schluß der Lohnperiode, trat der Wertführer erneut an den Vorsitzenden heran und erklärte, daß er ihnen für die zurückliegende Zeit auch nicht mehr den Stundenlohn plus 30 Prozent bezahlen wolle, sie sollten vielmehr für die zurückliegende Zeit nur den Stundenlohn plus 10 Prozent und ab neuer Lohnzeit nur noch den nackten Stundenlohn erhalten. Der Betriebsratsvorsitzende erklärte daraufhin, daß er auf dem Standpunkt stehe, daß eine Vereinbarung, die abgeschlossen sei, auch unter allen Umständen eingehalten werden müsse. Zudem müsse er zugeben, daß die Leute alle recht fleißig gearbeitet hätten, was ja auch aus der fertig gestellten Ware hervorgehe. Der Wertführer erklärte: „Sie haben nicht fleißig gearbeitet, Sie haben gefaulenzt.“ Der Betriebsratsvorsitzende über diese Aussage erregt, bemerkte: „Sie sind aber ein Metter“, wenn das was wir getan haben, nicht fleißig gearbeitet ist, so kennen Sie jedenfalls nichts von Arbeit und haben dann auch niemals nach meiner Ansicht gearbeitet.“ Der Betriebsführer erklärte in sehr lautem Tone: „Ich habe dies niemals notwendig gehalten, aber Du bist ein lauer Lämmel.“ Diese Redemendung, welche der Betriebsratsvorsitzende, der 21 Jahre dort beschäftigt ist, als eine schwere Beleidigung und Kränkung seiner Person empfand, verleitete ihn demnach in Erregung, daß er zu dem Wertführer sagte: „Wenn ich ein lauer Lämmel bin, dann sind Sie auch ein lauer Lämmel.“ Daraufhin schrie der Wertführer: „Sie sind fraktionell entlassen und haben sofort das Werk zu verlassen.“ Gleich darauf wurde dem Vorsitzenden das Geld ausgehändigt.

Dieser Vorgang, der zur fraktionellen Entlassung geführt hatte, wurde nun dem zweiten Vorsitzenden des Betriebsrates von den Kollegen, zwecks Befreiungsführung unterbreitet. Dieser wandte sich nun seinerseits, gestützt auf den Par. 96 des B.R.G. an den Wertführer; jedoch wurde dem 2. Vorsitzenden erklärt, daß er sich in diese Angelegenheit von keinem hineinreden lasse, sondern er bleibe bei dem, was er bestimmt habe.

Unter diesen Umständen waren wir gezwungen, den Klageweg zu beschreiten. Das Amtsgericht Jülich kam am 30. Januar 1925 zu folgendem Urteil:

Die erfolgte Kündigung wird für unwirksam erklärt. Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger vom 5. Dezember 1924 ab zu einer entsprechenden Beendigung seines Arbeitsverhältnisses für je 14 Arbeitstage den Betrag von sechzig Reichsmark abzüglich der üblichen Abzüge für Krankentage usw., zuzüglich 10 Prozent Zinsen seit dem Tage der Fälligkeit zu zahlen. Der Antrag des Klägers, die Beklagte zu seiner Beschäftigung im Betrieb zu verurteilen, wird abgewiesen. Die Kosten des Rechtsstreits werden der Beklagten auferlegt. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Der Beklagten wird nachgelassen, die Zwangsvollstreckung gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 300 RM. abzugeben.

Dem Herrenmenschentum, das glaubt, dem Arbeiter alles Mögliche ungekriegt an den Kopf werfen zu dürfen, ist mit diesem Urteil

gründlich der Marsch gebieten worden. Der Arbeiter ist nicht vogelfrei. Diese Ansicht mancher „vorgelegten Behörde“ wird leider verstärkt durch die Unorganisierten, mit denen das Werk anfangen kann, was er will. Die Gleichberechtigung des Arbeiters ist nur möglich durch die Organisation.

Die Kruppische Arbeiteraktie abgeschafft

Die Hauptversammlung der Friedrich Krupp A.-G. in Essen hat beschlossen, die Arbeiteraktie abzuschaffen und ihre Inhaber mit einem Mehrfachen des eingezahlten Geldkapitals abzulösen. Die Inhaber der Arbeiteraktien hatten etwa 600 000 Goldmark eingezahlt; 3,3 Millionen Goldmark erhalten sie zurück. Sie haben demnach ein gutes Geschäft bei der Sache gemacht. Das „gute Verhalten“ der Zeichner der Arbeiteraktien hat die Firma Krupp demnach voll zu würdigen gewußt.

Der Beschluß auf Abschaffung der Arbeiteraktien erfolgte mit der Begründung, daß nach der Aufstellung der Goldmarkbilanz der Firma Krupp keine Gewähr für die verbriefte Mindestdividende von 6 Prozent übernommen werden könne.

Als die Firma Krupp mit dem Plane der Arbeiteraktien kam, kamen die „freien“ Gewerkschaften für ihre Mitglieder eine Zeitlang rüdweg ab. Die christliche Gewerkschaften haben den Plan damals eingesehen, prüft, sich aber schließlich auch ablenkend entzogen. Maßgeblich für die Ablehnung war die vorgelegene Gewerkschaftsentscheidung aller Aktien durch eine neu zu bildende Kruppische Treuhandgesellschaft. Die christlichen Gewerkschaften hielten die Verwaltung und Vertretung der Aktien durch eine Gesellschaft, deren Mitglieder sich in ständiger Verbindung zur Firma befinden, für sehr bedenklich. Ihre Gegenüberlage einer Vertretung der Arbeiter-Aktien durch die Gewerkschaften blieben unbeachtet. Die Firma blieb bei ihrer Idee, von der man wohl nicht mit Unrecht behaupten kann, daß sie der von der „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ und den ihr ergebenden verschiedenen Arbeitervereinen erstrebten „Wertsamkeitssidee“ sehr verwandt war.

Jetzt zeigt sich, wie man unbefümmert um alle Wertsgemeinschaftstheorien die Arbeiter vom Mißbehalt des Unternehmens ausschaltet, wenn das privatkapitalistische Interesse das erfordert. Ebenso gut wie man die Arbeiteraktionäre mit Geld abhand, hätte man ihnen auch neue Aktien geben können. Wenn man's nicht tat und sich nicht der Mühe unterzog, Vor schläge für Gewinnanteile usw. zu machen, so beweist das nur, wie selbst bei der in mancher Beziehung sozial vorbildlichen Firma Krupp, der Wertsgemeinschaftsidee nur Mittel zum Zweck ist. Im Jahre 1921, als die Arbeiteraktien eingeführt wurden, rechnete man nach in anderer Weise mit der Arbeiterschaft wie heute. Was damals der Firma zu tun ratham erschien, ist heute nicht mehr nötig. Darin dürfte nicht zu sehr das Verschwinden der Arbeiteraktie bei Krupp ihre Ursache haben. Mit der Arbeiteraktie verschwindet auch die Kruppische Treuhand e. G. Diese wird aufgelöst.

Renten in der Unfallversicherung

Der sozialpolitische Ausschuss des Industrie- und Handelslages forderte auf seiner letzten Tagung, daß die kleinen Renten in der Unfallversicherung bis zu 30 v. H. entschädigungslos zu beseitigen seien. Die Vollrenten für Schwere- und Leichtverletzte seien verschieden zu bemessen (für erstere wie bisher 66% v. H. und für letztere 33% v. H. des Jahresarbeitsverdienstes). Die Kapitalabfindung von Inländern müsse erweitert werden.

Mit dieser Forderung übertrifft der Industrie- und Handelslag noch die Forderung des Reichsarbeitsministeriums, nach einer Nachricht in der „Kreuzzeitung“, bei der Aufstellung seines Entwurfes eines „Zweiten Gesetzes über Veränderungen der Unfallversicherung“ leitete. Nach diesem Entwurf sollen die kleinen Renten unter 20 v. H. fortfallen. (Für die festgesetzten kleinen Renten sollen geringe Abfindungssummen gezahlt werden, während künftighin solche Renten nicht mehr festgesetzt werden!) Die Vollrente der Leichtverletzten soll 50 v. H. des Jahresarbeitsverdienstes betragen, während sie für Schwereverletzte von 66% auf 70 v. H. erhöht werden soll. Die Kapitalabfindung soll bei einer Rente bis zu 33% v. H. möglich sein. (Zeit 20 v. H.)

Sollte der neue Reichstag dem Verlangen des Industrie- und Handelslages stattgeben, so würden die Unfallverletzten schwer geschädigt werden. So würde z. B. für den Verlust eines Auges, den Verlust des rechten Daumens und Zeigefingers, bzw. den Verlust je zweier anderer Finger oder den Verlust des vorderen Fußes usw. eine Rente nicht mehr gezahlt werden.

Aber auch durch die beschriebene verschiedenartige Berechnung der Vollrente werden die Leichtverletzten gegenüber dem früheren Zustande geschädigt werden. Bei einem Jahresarbeitsverdienste von 1800 Mark beträgt die Vollrente monatlich 100 Mark. Bei

Die elektrische Eisen-, Stahl- und Metallgewinnung

Th.W. Gegenwärtig steigt die Bedeutung des Elektro-Ofens für die Eisenindustrie noch vorwiegend in seiner Anwendung zur Stahlerzeugung, und hier hat der Elektro-Ofen nicht nur die größten technischen Erfolge erzielt, sondern dürfte ihm auch in Zukunft ein noch viel mehr anwachsendes Feld seiner Tätigkeit gegeben sein. Auch hier zeigen sich die alten Verfahren dem Elektro-Ofen wirtschaftlich meist überlegen, und nur an den verhältnismäßig wenig Plätzen, wo Wasserkraft zur Stromerzeugung für den Betrieb des Elektro-Ofens nutzbar gemacht werden kann, kann sich die Stahlerzeugung auf elektrischem Wege billiger oder doch wenigstens nicht teurer stellen als nach dem alten Verfahren. Hierbei müssen wir berücksichtigen, daß die Stahlerzeugung immer an den Ort der Kohleerzeugung gebunden ist, und da diese für absehbare Zeit in den alten Kohlengebirgen bleiben wird, kann hier, wo Wasserkraft fehlen, der Strom für den Elektro-Ofen auch nur durch Kohle gewonnen werden. Das aber bedeutet, daß sich hier die Erzeugung von Elektro-Ofen teurer als die Erzeugung des Stahls nach dem alten Verfahren stellt. Der höhere Preis, den der Elektro-Ofen nach dem Gelegten hat und auch weiterhin beibehalten wird, wird aber für zahlreiche Fälle durch die bessere Qualität des Elektro-Ofenstahls ausgeglichen. Ueberall, wo ein besonders guter und leistungs-fähiger Stahl verlangt wird, wird heute Elektro-Ofenstahl bevorzugt, so für Geschosse, Geschütze und die vielen anderen Stahl gebrauchenden Zweige in Heer und Marine, die beste Stahlsorten verlangen; ferner Werkzeugstahl, Konstruktionsstahl für stark beanspruchte Maschinenteile und ganze Maschinen, wie Dynamos, Automotoren, Lokomotivteile, auch Eisenbahnmaschinen und sonstige Eisenbahnzwecke, Stahl für Walzstahl, nahtlose Röhre und ebenso auch jede Art von Stahlguß. Allgemein ist die Stahlerzeugung nach dem heutigen Stand der Technik die wichtigste Aufgabe des elektrischen Ofens, in dieser hier nicht nur eine wertvolle Ergänzung der alten Verfahren geworden, sondern scheint er auch dazu berufen, die je einzeln zum erheblichen Teil zu ersetzen. Die technische Bedeutung dieser Wandlung kennzeichnet sich darin, daß sie eine ungleich größere Erzeugung und allgemeinere Anwendung von Qualitätsstahl auch für solche Zwecke ermöglicht, für die früher nur die geringwertigen Stahlsorten zur Verfügung standen, ein Fortschritt von größtem allgemeinen Wert für die weitere Entwicklung der Technik, dessen Wirkungen sich heute noch gar nicht übersehen lassen.

Seit erheblich längerer Zeit als in der Eisen- und Stahlindustrie ist der elektrische Ofen übrigens in anderen Gebieten des Bergbauwesens, so in der Aluminium-Industrie, tätig. Das Aluminium ist

das verbreitetste aller Metalle, ist sogar noch reichlicher auf Erden vorhanden als das Eisen und findet sich beispielsweise in jedem Lehm oder Ton. Doch ist das Metall in diesen Stoffen, sowie auch in allen übrigen Verbindungen, in denen es von Natur aus vorkommt, so fest mit anderen Stoffen verbunden, vor allem mit dem Sauerstoff, daß es die größten Schwierigkeiten macht und die vollkommensten technischen Hilfsmittel erfordert, um das Metall aus seinen Verbindungen rein darzustellen. Das war einerseits die Ursache, daß das Aluminium trotz seines überreichen Vorkommens in natürlichem Zustande doch erst viel später als alle übrigen, praktischen Zwecken dienenden Metalle entdeckt worden ist, was erst im Jahre 1827 durch Wöhler geschah. Andererseits ist diese Schwierigkeit der Gewinnung des Aluminiums aber auch die Ursache, daß, obwohl es verbreiteter als jedes andere Metall ist, seine Gewinnungskosten und damit sein Preis viel höher ist, als diejenigen der meisten anderen Metalle, beispielsweise auch des Eisens. Um ein Kilogramm Aluminium aus Ton herzustellen, ist eine Energie notwendig, die der Arbeit von 40 Pferden in einer Stunde entspricht. Infolge dieses enormen Kraftaufwandes und der hierdurch bedingten Kosten ist Aluminium nicht nur teurer als Eisen, sondern auch als Blei, Zink und Kupfer, und früher war es sogar das teuerste Metall. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts, wo man noch nicht über die vervollkommensten Mittel der Aluminiumgewinnung verfügte, stellte sich der Preis von ein Kilogramm auf 5000 M, was dieses also nahezu doppelt so teuer wie Gold. Dann wurden Methoden bekannt, die es ermöglichten, das Metall auf elektrolytischem Wege herzustellen, wodurch sich die Herstellungskosten bedeutend verminderten und der Preis des Metalls binnen kurzem auf 350 M pro Kilogramm sank. Dann aber wurde in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Methode erfunden, das Aluminium mittels des elektrischen Ofens zu gewinnen, und infolge dieses ungleich leistungs-fähigeren Hilfsmittels, das Kraftaufwand und Arbeitskosten des Metalls abermals sehr verringerte, sank der Preis auf etwa 2 M pro ein Kilogramm, den es heute noch hat. Seit der Einführung des elektrischen Ofens datiert überhaupt erst die praktische Bedeutung dieses Metalls und die so enorm ausge-dehnte und vielseitige Verwendung, die es seitdem für die verschiedensten Zwecke gefunden hat. Diese Wandlung läßt die Bedeutung des elektrischen Ofens für diesen Zweig der Metallindustrie und damit für eines der wichtigsten Gebiete der heutigen Metalltechnik deutlich erkennen. Hatte man doch, nachdem die Methode der Gewinnung des Aluminiums im elektrischen Ofen entdeckt worden war, bereits erwartet, daß dieses Metall das Eisen oder gar in noch größerem Maße das werden könnte, was uns das Eisen ist, daß es dieses vielleicht sogar verdrängen und ein Aluminiumzeitalter einleiten werde, eine Erwartung, die vor allem durch die unerschöpflichen Vorkommen an Aluminium in der Natur, die sogar noch die Eisen- und Stahlgewinnung übersteigen, genährt wurde. Diese Erwartungen haben

sich nun allerdings nicht erfüllt und werden sich auch kaum jemals erfüllen, da die Schwierigkeiten und Kosten, die die Erzeugung des reinen Metalls verursacht, auch heute noch viel höher sind als beim Eisen und daher eine so massenhafte Erzeugung und einen so allgemeinen Gebrauch des Aluminiums, wie wir ihn beim Eisen kennen, ausschließen. Immerhin aber hat der elektrische Schmelzofen in der ausgebreiteten Aluminiumindustrie einen neuen und höchst wichtigen Zweig der Metalltechnik geschaffen, der noch ganz ungeahnte Aus-

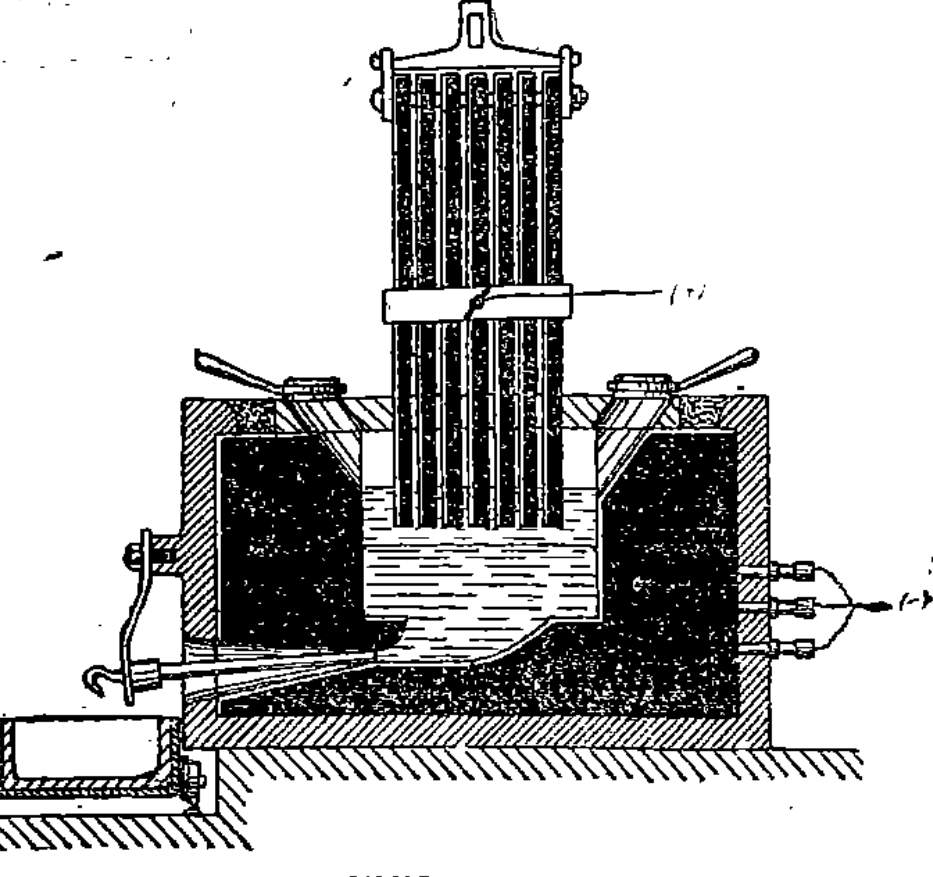


Abbildung 4.

blicke für die Zukunft eröffnet, wenn es gelingt, durch noch weitere Vervollkommenung der heutigen Gewinnungsmethoden und Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit die Gewinnung des Aluminiums noch ergiebiger zu gestalten und seine Gewinnungskosten und seinen Preis noch mehr herabzusetzen. Die elektrischen Dejer, wie sie heute allgemein zur Aluminiumherstellung gebraucht werden, sind im wesentlichen nach dem Prinzip des Heroult-Ofens gebaut unter gleichzeitiger Verwendung der elektrischen Wirkung des Stromes. Abbildung 4 zeigt einen elek-

einem Verlustverlehen würde sie nach dem Vorschlage des Industrie-

Der Abbau der kleinen Renten bis zu 30 Prozent (oder 20 Prozent nach dem Willen des Reichsarbeitsministeriums) wird damit begünstigt, daß sie wegen ihres geringen Betrages wirtschaftlich ohne Bedeutung seien.

Deshalb ist es höchst unsozial, die kleinen Renten zu beseitigen. Mit der Begründung der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit lassen sich aber auch späterhin die Renten bis zu 50 Prozent beseitigen, da ja nach dem Willen des Industrie-

Was nützt, ist nicht ein Abbau der Renten, sondern eine schnelle Wiederherstellung der alten Goldrenten. Es ist mehr als ein Skandal, daß nach der Stabilisierung der Währung noch die Renten von 10 und 15 Prozent mit einer Mark vierzehnjährlich abgezinst werden, während die anderen kleinen Renten auch nicht viel höher sind, 20 Prozent = 5 Mark monatlich, 40 Prozent = 10 Mark monatlich.

Verhütung der Sängeweile?

Bei der Forderung des Achtstundentages für die Arbeiter der Hochöfen usw. wurde von unserem Verbandsrat auch darauf verwiesen, daß es ein großes Unrecht gegenüber den in der schwersten Arbeit lebenden Arbeitern sei, sie am längsten schaffen zu lassen.

Berlin SW. 61, 3. Dez. 1924. Tempelhofer Ufer 25.

Euer Hochwohlgeboren

Bitte ich um gütige Rücksicht, wenn ich mich unaufgefordert für eine nebenberufliche Tätigkeit anbiete.

In dem Bemühen, meine im Hauptberuf (Reichsbahnbeamter in gehobener Stellung) nicht ausgenutzten Kenntnisse und Fähigkeiten, u. a. gute französische, englische und italienische Sprachkenntnisse, an geeigneter Stelle nebenberuflich zu verwerten, verlaufe ich statt Inzerats diesen Weg.

Ich habe solche Stellen im Auge, deren Befahrung mit einer vollen Arbeitskraft sich nicht rentiert, die aber wohl mit einer ausschließlichen Kraft, bei unerschütterlicher Einstellung besetzt werden können. Sollte ein derartiger Bedarf in Ihrem Betriebe vorliegen, so biete ich, mich zu probeweise Beschäftigung an. Gewünscht wäre, mir eine Besetzung als Korrespondent, jedoch wäre mir auch jede andere Tätigkeit recht. — Ich könnte täglich ab 4 1/2 Uhr nachmittags bis 6 1/2 Uhr, jedoch auch zwei- bis dreimal wöchentlich vormittags bis 1 Uhr zur Verfügung stehen. Meine absolute Vertrauenswürdigkeit ist durch meine Beamteneigenschaft gegeben.

Solchen Häusern, die auswärtige Niederlassungen haben, oder mit auswärtiger Kundenchaft von Zeit zu Zeit in direkte Verbindung treten, z. B. ausstehende Forderungen einziehen möchten, erbitte ich mich zur Ausführung von ein- bis zweitägigen Reisen nach allen Hauptstädten Deutschlands bei allerneuesten Preisen.

Ich verfüge über Verhandlungstalent und sicheres Auftreten, ich bin 34 Jahre alt. Zu persönlicher Rücksprache stehe ich jederzeit zur Verfügung.

In der Erwartung Ihrer geschätzten Nachricht zeichne ich hochachtungsvoll Oswald Neumann.

trischen Ofen zur Aluminiumherstellung mit vorberem Auftrieb. A ist das Schmelzgefäß, das aus starkem Eisenblech besteht und innen mit harten Kohlen- oder Graphitplatten ausgefüttert ist. In das Schmelzgefäß taucht eine Zusammenstellung von Kohlenstäben oder Platten B ein, die eine Elektrode darstellen, während die andere von der Graphitfütterung des Schmelzgefäßes gebildet wird. Die an der rechten Seite des Schmelzraumes befindlichen Kupferstifte führen den elektrischen Strom nach der oberen Elektrode B. Das Schmelzgefäß ist mit gepulverter Tonerde angefüllt. Näherst man die beiden Elektroden einander, was durch Herablassen der Elektroden B geschieht, so entsteht ein Lichtbogen, der die gepulverte Masse zum Schmelzen bringt. Die Elektrode wird dann wieder etwas gehoben, so daß der elektrische Strom nunmehr durch die geschmolzene Masse geht, die infolge der elektrischen Wirkung des Stromes hierbei in ihre Bestandteile, Aluminium und Sauerstoff, zerlegt wird. Während sich hierbei der Sauerstoff und die anderen gasförmigen Bestandteile der Verbindung an der Elektrode ansammeln sammelt sich das abgeschlossene Aluminium, welches wie geschmolzenes Silber ausfließt, auf dem Boden des Schmelzraumes an und kann abgelassen und in dem Schmelzwagen aufgefangen werden. In der weiteren Verwertung der Aluminiumerze und der nach gesteigerten Anwendung und Ausnutzung des Aluminiums steht dem elektrischen Ofen noch eine sehr große Aufgabe bevor, die einstweilen als die heutige Aluminiumindustrie werden dürfte, die immer noch erst den Anfang in der Ausnutzung dieses verborgenen aller Metalle für die Zwecke menschlicher Technik und Kultur darstellt.

Noch für zahlreiche andere Zwecke wird der elektrische Ofen nützlich gemacht, so für die Gewinnung von Natrium und Magnesium, für die Erzeugung von Schwefelkohlenstoff, eines für zahlreiche technische und chemische Zwecke in ausgedehntester Weise zur Verwendung kommenden Stoffes, ferner auch für die Darstellung von Luftsalpeter, d. h. der Gewinnung von Salpetersäure aus dem Stickstoff der Luft, der das wichtigste Düngemittel liefert, wodurch der elektrische Ofen also in den Dienst der Landwirtschaft und der Erzeugungstechnik gestellt wird. Überall ist es der im elektrischen Ofen tätige Strom, der durch seine Wärme oder durch seine elektrische Wirkung diese Arbeitsprozesse ausführt und so Dienste leistet und Stoff liefert, die sonst dem menschlichen Machtbereich vollständig entzogen wären. So ist der elektrische Ofen eines der wichtigsten und leistungsfähigsten Werkzeuge der Technik geworden, das bereits heute ein eigenes technisches Gebiet darstellt und uns noch unausgemessene Aussichten für die Zukunft erschließt.

Also der Mann hat täglich ab 4 1/2 Uhr und 2-3mal wöchentlich bis 1 Uhr freie Verfügung über seine Zeit und kann außerdem noch ein bis zwei Tage verreisen.

Ein ähnliches Beispiel bringt der „Holzmarkt“. Er berichtet: „Bei einer Hamburger Holzfirma, die durch ein dortiges Lokalblatt einen Angestellten suchte, meldete sich schriftlich ein Eisenbahnbeamter aus Altona und teilt mit, daß er täglich 6 Stunden bei der Holzfirma arbeiten könnte, sein Dienst lasse das zu, soviel Zeit noch nebenher zu arbeiten, und durch die jahrelange Tätigkeit in Gitterabfertigungen und in sonstigen Dienststellen der Eisenbahn könne er sich für jede Arbeit des Innens- und Außendienstes bestens empfehlen. Er wolle sehr billig sein, für 20 Mark in der Woche die 6 Stunden herunterarbeiten.“

Das sind gewadene ständische Zustände. Dabei würden diese Leute, die aus Goismus oder zur Verhütung ihrer Langeweile sich Nebenbeschäftigung suchen, zweifellos nicht mit dem Verdienst eines schwerarbeitenden Hülfsarbeiters zufrieden sein. Derartige Zustände gegenüber ist eine Verkürzung der überlangen Arbeitszeit der Schwerarbeiter in der Eisenindustrie ein gerechter Ausgleich.

Wahnstimm oder — — — ?

Ein Teil der deutschen Presse scheint mittlerweile in einen geradezu krankhaften Haß gegen die Gewerkschaften und alles, was damit zusammenhängt, hineingeraten zu sein. Anders würden solche Ausfälle, wie sie auch neuerdings die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in ihrer Nr. 34/1925 bezieht, kaum zu verstehen sein. Diese, übrigens insofern ihrer ganzen Art im Kampfe gegen die Arbeiterschaft lautmachende bekannte Zeitung bringt es in einem Artikel: „Lohnfragen und Wirtschaftsstabilität“ zu nachfolgendem Erguß ihres „Geistes“:

„Es muß deutlich ausgesprochen werden, daß die jetzigen Lohnverhältnisse einen der größten Betrugsverlehen der in diesen Dingen wirklich nicht armen Nachkriegszeit darstellen. Die neue uns bedrohende Inflation muß — auch wenn sie nur teilweise zum Ausbruch käme — die gesamte Wirtschaft und die in ihr beschäftigte Arbeiternerschaft vernichten. Ihre Augenlider sind lediglich jene 60- bis 70 000 Gewerkschaftsführer, die Demagogie mit wirtschaftlicher Einsicht verwechseln.“

Wir halten es für unter unserer Würde, gegen eine solch wahrheitswidrige und dabei blöde Auslassung des Hasses zu polemisieren. Sie muß sich in den Augen eines jeden Menschen, der noch auf Sachlichkeit, Wahrhaftigkeit und Anstand hält, selbst richten.

Wirtschaftsrundschau

Wirtschaftslage.

Im Gegensatz zu den beiden letzten Jahren zeigt das Wirtschaftsbild wieder ein freundliches Gepräge. Es ist wieder fast allgemein eine stärkere Belebung eingetreten, die sich erfreulicherweise auch in der durch die Krise der letzten Jahre am meisten betroffenen Eisen- und Metallindustrie bemerkbar macht. Sicherlich ist zu dieser Belebung die Erhaltung der Verhältnisse im Vorjahre mit Triebkraft gewesen. Die Londoner Konferenz bedeutete schließlich nicht

Akkordsystem und Arbeitskraft

Von Ingenieur Richard Löwer, Frankfurt a. M.

Man muß bei der Betrachtung des modernen Akkordsystems zweierlei Arbeitskräfte unterscheiden:

- a) die maschinelle Arbeitskraft, b) die menschliche Arbeitskraft.

Das Festsetzen von Akkorden für maschinelle Arbeitskraft wird meistens am grünen Tisch, also auf dem Büro vorgenommen die Maschine, auf welcher die Arbeit hergestellt wird, ist ausschlaggebend, ihre Leistungsfähigkeit als Schnittgeschwindigkeit usw. wird zugrunde gelegt; wer die Maschine bedient, ist nicht maßgebend und man berechnet heute derartige Akkorde bekanntlich nach Minuten ja Sekunden und gibt dem einzelnen Akkord eine „Einrichtezeit“ bei.

Diese Einrichtezeit beträgt durchschnittlich 15 Minuten und ist dazu bestimmt, dem Arbeiter diejenige Zeit zu ersetzen, welche er zum Herbeiführen der Zeichnungen, Werkzeuge und zur Erladigung seiner menschlichen Bedürfnisse am Akkord verliert.

Selbst die kleinen und mittleren Betriebe arbeiten ganz schematisch nach dem Rezept der Großindustrie. Während in den modernen Betrieben, die Maschinen, Werkzeuge und Werkzeugmaschinen und die Zeichnungen selbst auf einer vollkommenen Stufe stehen, sieht es in den kleineren Betrieben oft ganz anders aus; die Beschaffenheit der Maschinen (meist veraltete und überholte Konstruktionen), der Mangel an guten brauchbaren Werkzeugen führt meist dazu, daß es oft dem tüchtigsten Facharbeiter nicht möglich ist, aus der Maschine das herauszuholen und zu verdienen, was er entsprechend seiner Leistungsfähigkeit verdienen möchte. Man glaubt in technischen Kreisen etwas Vollkommenes zu schaffen; von der praktischen Seite aus betrachtet, sieht die Sache oft ganz anders aus.

Maschinen sind Werte, aber alle Maschinen, welche sich schon doppelt und dreifach bezahlt gemacht haben, dürfen nicht so bewertet werden wie neuangeschaffte Maschinen. Wenn man bei dieser Methode der Akkordfestsetzung sich nur auf die Leistungsfähigkeit der Maschine stützt, ohne dabei die menschliche Arbeitskraft zu berücksichtigen, so schiebt man eben einfach die Leistungsfähigkeit und Intelligenz einzelner Berufsgruppen des Maschinenbaues auf die Seite und schaltet sie somit ganz aus.

Dieses Vorgehen entspricht nicht dem Verlangen einzelner Körperhaften und Verbindungen in Deutschland. Wenn der Deutsche Ausschuß für technisches Schulwesen, Berlin, die Motive verfolgt, durch technische Vorbildung des Nachwuchses der deutschen Industrie einen Stamm tüchtiger Facharbeiter heranzubilden, so darf man auf der anderen Seite keine Mittel ergreifen, welche dem Einzelnen die Lust und Liebe zu seinem Berufe nehmen. Ein gesundes Akkordsystem wird jedem Arbeiter seinen Verdienst, entsprechend seinen Fähigkeiten, bringen. Auch bei Maschinenarbeitern ist die Intelligenz des, die Maschine bedienenden Arbeiters, ausschlaggebend. Eine Maschine ist ein tot Gegenstand, welcher bedient werden muß und zur Bedienung jeder Maschine sind Fachkenntnisse nötig, und je mehr der Einzelne an Berufskenntnissen besitzt, umso mehr wird er die Maschine auszunutzen, und entsprechend seinem Talent wird man die Arbeitsleistung bewerten müssen.

Auch das System „Zeit aufnahm“ wird noch vielfach falsch angewandt. Diese Zeitaufnahmen werden in den meisten Fällen „forciert“, gemacht; das heißt z. B., der Dreher fährt, wenn der Techniker, Betriebsleiter oder Betriebsassistent kommt, oft im beschleunigten Tempo an der Arbeit fort und der aufsichtsführende Beamte „stoppt“ seine Uhr. Wenn z. B. ein Dreher bei einer Zeitaufnahme einen Deckel in 30 Minuten dreht, ist noch lange nicht gefügt, daß er 50 Deckel in 50x30 Minuten = 1500 Minuten oder 25 Stunden dreht. Es ist nicht bei einem Deckel das Material wie bei dem andern und schließlich ist der Mensch keine Maschine, welche ununterbrochen 8 Stunden läuft und nicht zu schnaufen braucht. Die Produktion der maschinellen Arbeit darf nicht auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft gehen, sondern auf Kosten der Maschine wie bei Maschinenarbeit auch die menschliche Arbeitskraft und deren Geschicklichkeit zu berücksichtigen ist. Es gibt heute leider noch viel Angestellte, welche ihr vorgezeichnetes Ziel überholen und zwar auf Kosten des Arbeiters und meistens hat die Herrlichkeit solcher Leute schnell ein Ende, weil bei dem

nur eine schwere Belastung der deutschen Wirtschaft, sondern auch den Sieg wirtschaftlicher Ermagungen über militärisch-diktatorische Gewalt. Damit war ein in wertvoller Antriebe für unsere Wirtschaft und die Möglichkeit gegeben, die eigene finanzielle Unzulänglichkeit, die durch die eingetretene Stabilisierung unserer Währung kritisch wurde, durch Aufnahme von Auslandskrediten zu mildern. Diese mögen gewiß als starke Belastung für die Wirtschaft anzusehen sein. Wenn sie aber für direkte Produktionszwecke Verwendung finden und nicht zur Dedung irgend welcher sonstigen Unkosten gebraucht werden, leisten sie schließlich wertvolle Dienste zur Belebung der Wirtschaft.

Als weiteres wichtiges Belebungsmoment kommt für 1925 hinaus die Wiederverlangung der deutschen Handelsfreiheit. Deutschland hatte bekanntlich durch die Artikel 264 bis 267 allen internationalen Ländern, bzw. der Wareneinfuhr derselben Meistbegünstigung gewährt. Diese einseitige Meistbegünstigungspflicht kam mit dem 10. Januar in Kraft. Außerdem fiel an diesem Tage unsere Verpflichtung, die Zollfreie Einfuhr bestimmter Warenmengen aus Schatz-Vorbringen und Luxurgüter zu dulden. Gewiß sind wir bereits im Vorjahre zu Handelsvertragsbeziehungen zu manchen Staaten gekommen, so z. B. mit Amerika, Österreich, England, Spanien, Griechenland, Siam. Jedoch standen wir im Vorjahre noch zu sehr unter dem Druck machtpolitischer Verhältnisse, um allgemein wünschenswerte Ergebnisse zu erzielen. Das Jahr 1925 bringt uns da eine weitaus bessere Position.

Jedenfalls ist jetzt schon in der Eisen- und Metallindustrie eine viel lebhaftere Beschäftigung eingetreten. Nach Messungen unterrichteter Wirtschaftskreise soll beispielsweise die rheinisch-westfälische Industrie so mit Aufträgen überhäuft sein, daß mit der Herstellung neuer Aufträge gestoppt werden müsse. Das gilt nicht nur für die Befriedigung des Inlandsmarktes, sondern auch bezüglich der Wiedereroberung des Auslandsmarktes, wo besonders in letzter Zeit deutsche Werke erfolgreich die entgegengesetzte ausländische Konkurrenz schlagen konnten.

Erhaltung der Substanz.

Daß eine recht große Anzahl deutscher Werke der Eisen- und Metallindustrie sich über die Zeit der großen Krise ganz befriedigend hinweggerettet haben, zeigten die bisher getätigten Goldmarkbilanzungen deutlich. Jetzt liegt der Bericht der Generalversammlung der Mannesmann-Röhrenwerke vor, über deren Lage Herr Generaldirektor Dr. Bierwies einige Ausführungen macht, denen wir folgenden entnehmen: Trotz der harten Verluste in der internationalen Betätigung der Gesellschaft ist es doch möglich gewesen, das Goldkapital annähernd zu erhalten. Am 30. Juni 1914 betrug das Aktienkapital 72 Mill. heute 115 Mill. Mark. In der Zwischenzeit wurde im Jahre 1918 die Zehne „Amor Frick“ erworben bei einer Kapitalerhöhung um 14 Mill. Mark. Im Jahre 1922 „Consolidation“ bei einer Kapitalerhöhung von 30 Mill. Mark. und einige andere Erwerbungen insgesamt 5 Mill. Mark. Darunter das Elektrizitätswerk Grevenbrück. Verloren hat die Gesellschaft durch die Nachwirkungen des Krieges ihre Werke in England, für welche bisher eine Entschädigung nicht gezahlt wurde.

Weiterdem verlor die Gesellschaft ihr italienisches und ihre Saarwerke. Wenn trotz dieser Verluste ein solcher Bericht möglich ist, dann ist das wieder ein Ergebnis, das die Kraft der deutschen Wirtschaft plastisch vorgegenständlicht, auf der anderen Seite aber auch darauf, wie übertrieben das ewige Gellage interessierter Kreise über den Zusammenbruch der Wirtschaft ist.

„Wählen“ auch die Qualität der Arbeit nachläßt, für deren Güte sie verantwortlich gemacht werden.

Die Produktionssteigerung darf nicht auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft geschehen. Das Prinzip muß stets sein, eine reifliche Ausbeutung der maschinellen Arbeitskraft und ein Akkordsystem, welches auch dem Arbeiter seinen Lohn bringt.

Das Akkordsystem im Punkte:

- b) menschliche Arbeitskraft

hat Formen angenommen, welche zu großen Bedenken Anlaß geben müssen.

Wenn man hier den Praktiker durch den Techniker ersetzt, wenn man bei der Bewertung der menschlichen Arbeitskraft mit Minuten anfängt zu rechnen, dann erzielt man wohl Quantitätsarbeit, aber keine Qualitätsarbeit.

Man findet heute viele Techniker, welche eine vierjährige Lehrzeit und vier Semester Maschinenbauische hinter sich haben und dann als Spezialtechniker, wie Schlosserei, Schreinererei, Stellmachereitechniker hinaus in die Welt gehen und sich bewirnen glauben, an Hand ihrer praktischen Vorkenntnisse, selbständig Akkorde festsetzen zu können. Wer durch die Schule der Praxis gegangen ist und Gelegenheit hatte, mit solchen „Auchpraktikern“ zu arbeiten, könnte schreiben, was hier geleistet wird und wenn mancher Fabrikant oder Fabrikdirektor ohne Vorurteil gegenüber der Werkstatt, sich die Tätigkeit dieser Herren einmal genauer betrachten würde, wäre manches anders als es heute ist. Man kann es durch 4 Semester wohl unter Umständen zu einem äußerst befähigten Techniker bringen, damit ist man aber noch lange kein Praktiker; denn dazu gehören mehr als vier Jahre Praxis.

Die Verhältnisse liegen heute bereits so, daß der Betriebsleiter und Wertmeister im Punkt Akkordsystem überhaupt nichts zu melden haben.

Diese Art Leute schüteln meistens die feststehenden Zeiten aus den Ärmeln, oder aber sie neigen von hinten herum so die Zeiten zu erfahren. Jeder, der nicht wenigstens auf eine 10jährige „ausgedehnte“ Praxis zurückblicken kann, sollte kein Recht haben, selbständig Akkorde festsetzen zu können; nicht eine einseitige, sondern eine ausgedehnte Praxis gehört dazu, um sich mit allen Kniffen eines Berufes vertraut zu machen. Diese „Auchpraktiker“ sind keine Praktiker und keine Techniker. Ein wirklicher Techniker mit mehreren Semestern oder Hochschulbildung steht infolge seines Bildungsganges dem Wert der Arbeitsleistung von ganz anderer Seite an, er weiß jeden tüchtigen Arbeiter zu schätzen, weil er weiß, was er ihm wert ist. Diese „Auchingenieure“, die meistens nur Techniker mit guter Allgemeinbildung sind, greifen hier in ein Gebiet des Wirtschaftslebens ein, was wohl nicht ihren Fähigkeiten entspricht.

Im Falle von Streitigkeiten, welche ja unter diesen Umständen nie ausbleiben, schreitet man zu „Zeitstudien“. Dieser nicht mehr ungewöhnliche Weg, man geht in die Werkstatt, inspektiert, fragt den Meister und die Arbeiter aus, natürlich nur soweit sie sich ausfragen lassen, man bereichert sein Wissen auf diese Art und nach ein bis zwei Jahren „können“ diese Art Leute mehr als alle erfahrenen Praktiker. Diese Leute glauben im Sinne des Taylor-Systems zu arbeiten, machen aber mehr Durcheinander in den Werkstätten als nötig. Jeder Fachmann wirdzugeben, daß das Zeitfestsetzen für Handarbeiter äußerst schwierig ist und es gibt viel tüchtigere Fachleute, welche ihre eigene Leistungsfähigkeit zu niedrig einschätzen.

Die Welt schreit nach Wirtschaftlichkeit, Korporation, Vereinigung, und viele Theoretiker studieren dieses Gebiet, man organisiert, normalisiert und typifiziert, man stellt die Betriebe auf Wirtschaftlichkeit, man gibt an den Menschen vorbei wie an einer Maschine. Die Industrie predigt: hohe Löhne und Gehälter lassen eine Verbilligung der Erzeugnisse nicht zu, und das Ende all dieses Systems und Treibens ist gesunkene Qualität.

Niemand wird abstrahieren wollen, daß ein Ruf nach Wirtschaftlichkeit anzuerkennen ist, sonst käme die deutsche Industrie ins Hintertreffen, aber all dieses Fahren und Rennen ist zwecklos wenn die große Masse nicht mehr als bisher für die Wirtschaftlichkeit interessiert wird und wenn ihr trotz dieser Wirtschaftlichkeit der Verdienst geschmälert wird und die allgemeine Not ihren Einzug hält.

Jedenfalls gibt die Lage der Wirtschaft und die der Werte der Industrie kein Recht zu ihrer antisozialen Haltung gegenüber der Arbeitererschaft. Diese in seiner Beziehung gerechtfertigten Geist zu bannen, liegt im Möglichkeitsbereich der Arbeitererschaft, wenn sie nur will. Diesen Willen zum berechtigten Anteil ihres Wirkens vermag sie indes wirksam nur zu bekunden durch stärkste Organisation. Möge darum die Zeit des Aufstiegs der Wirtschaft auch Periode stärkster Belebung der Organisation sein.

Verbandsgebiet

Gesellschaft. Die am 1. Februar abgehaltene Jahresgeneralversammlung hatte einen in allen Teilen guten Verlauf. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen erstattete Kollege Zille den Jahresbericht für 1924. Nach einem allgemeinen Überblick der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden die am Orte einer besonderen Würdigung unterzogen.

Wie die Struktur der Wirtschaft, so ist die der Gewerkschaft. Die Arbeitererschaft läßt sich noch allzusehr vom Willen der sie umgebenden Verhältnisse beeinflussen, ohne sich überlegen realen Verhältnissen zu folgen. Wird ihre Lebenshaltung gedrückt, so verfällt sie in Resignation ist ihr Arbeitsverhältnis in Gefahr, steht Apathie und gelbe Gesinnung auf der Lauer, um es zu halten. Gerade dann, wenn die Gewerkschaft am notwendigsten ist, kehrt der Arbeiter ihr den Rücken, um dann, wenn seine Lebensform eine fühlende Tendenz annimmt, noch abendreich zu sagen: „Die Gewerkschaft hat verfehlt.“ In Wirklichkeit hat nicht die Gewerkschaft, sondern der Gewerkschaftler verfehlt.

Wenn im Rahmen der allgemeinen gewerkschaftlichen Entwicklung unsere Verwaltungsstelle auch jeden Vergleich ausschließt, sowohl im inneren Lager, wie auch gegenüber den gegenüberliegenden Organisationen, so ist doch bewiesen, daß das, was mit Gewalt und nicht organisch, was mit List und nicht mit Überzeugung gewonnen wird, in sich selbst zusammenbricht und verloren geht. Deshalb müssen von unseren Funktionären die alten Mittel der Agitation und zur Bekämpfung der Fluktuation wieder zur Anwendung kommen. Propaganda in Wort und Schrift wie immer. Wichtig ist aber jetzt wieder die Werks- und Werkstättenversammlung, und die Überzeugung von Mund zu Mund zu Mund und noch besser im Haus. Es ist höchste Zeit, daß sich alle wieder auf ein „Vorwärts“ einstellen.

Vom Sekretariat wurden 110 200 Flugblätter verteilt, 19 310 Einladungen und 2752 Rundschreiben. Der Postausgang betrug 5114 und der Posteingang 990. Verbandsversammlungen fanden 165 statt und Sitzungen 111. Verhandlungen mit Unternehmern fanden insgesamt 15 statt, davon 2 mit vollem Erfolg, 7 mit teilweise Erfolg und 6 ohne Erfolg. In der Tagespresse wurden 69 Artikel und Gewerkschaftsnachrichten veröffentlicht.

Die im Gewerkschaftsleben sich zeigende Lauheit war auch Veranlassung, daß im Jahre 1924 ein Kuriosus irgendetwas Art nicht abgehalten worden ist. (Eine solche Lauheit hat ihre Auswirkungen auch im ganzen Arbeiterleben. Nur wer sich geistig regt, kommt weiter. Die Red.) Statt echter geistiger Kraft werden aber selbst in Kollegentreifen noch Kolportageblättern wie „Kettgeber“, oder „Feierabend“ und dergleichen gehalten, mit nichtiger gar einem zweifelhaften Gesehst. Warum nicht an deren Stelle unsere Zeitung „Der Deutsche“, die Zeitung, die wir gründeten, die Zeitung, die unseren Wunsch und Willen im öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben verkündet. Wie oft schon wurde die Anregung gegeben, mehrere Funktionäre sollten sich zu zwei und drei zusammen, den „Deutschen“ gemeinsam lesen und austauschen können das? B. nicht unsere Arbeiterratmitglieder auf den einzelnen Werken?

Die Tätigkeit des Sekretariats offenbart sich noch besonders in dem den Mitgliedern unentgeltlich gewährten Rechtschutz. Zur mündlichen Auskunftserteilung wurde das Sekretariat 206 mal in Anspruch genommen. Auch wurden 47 Schriftsätze für die Rechtsvertretung der Mitglieder angefertigt. In 9 Fällen nahm der Sekretariat die Rechtsvertretung für die Mitglieder persönlich vor den Gerichten und anderen Stellen wahr. 33 Verbandsmitglieder sind als Betriebs- bzw. als Arbeiterratmitglieder in mehr als der Metallindustrie tätig.

Nun zu dem, was neben der Mitgliedschaft das Rückgrat des Verbandes bildet: Es ist unsere Finanzgebarung. Was in den Zeiten höchster Erwerbslosigkeit trotz der geringen Einnahmen von dem Verband allgemäh wie im einzelnen geleistet und vollbracht wurde, kann in Worten und Zahlen nicht erzählt werden.

Die Gesamteinnahmen betragen 26 066 M., davon wurden an die Hauptkasse abgeführt 13 158 M.

In Unterabteilungen wurden gezahlt 597,52 M. Groß ist der Posten zur Vergütung der Einfassungen, und zwar beträgt derselbe 2729,48 M. Wäre es noch wie vor 20 und mehr Jahren, wo das ganze Einfassergeschäft ehrenamtlich vollführt wurde; viel, viel Geld würde erspart abgehen von manchen anderen Posten, die aber ja doch auch im Laufe der Zeit beeinträchtigt worden waren, indem der persönliche Opfergeist nachließ. In Porto und Schreibmaterial wurden verausgabt 625,37 M. Dieser Posten ist immer noch schwer befallen mit Mahnungen jeglicher Art, die besonders auch noch den Funktionären zugehen müssen. Für Schriften, Zeitungen und Bildungszwecke wurden verausgabt 331,94 M., die aber mit Einnahmen aus gleichen Posten zum Teil wieder gedeckt wurden. An Kartellbeiträgen wurden gezahlt 48,60 M. Die ständigen Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Mitglieder verursachten eine Ausgabe von 739,95 M.

Damit sind wir zu dem Hauptgebiet unseres Arbeitsfeldes gelangt. Zur Arbeitszeitfrage können irgendwelche Ausführungen erspart werden, da diese nicht einen Tag im verflohenen Jahre zur Ruhe gekommen ist und fortlaufend darüber berichtet worden ist. Nur eins sei gesagt: Wenn am Jahresabschluss für die Hofschensarbeiter die dreigeteilte Schicht wieder im Feuerzeichen der Hochöfen mit einem „Auf Wiedersehen“ erglänzte, dann ist das der jähren, unaufhaltbaren Tätigkeit unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes zu danken. Es auch die nunmehr wieder in den Genuss des Aufstiegsstages kommenden Arbeiter dem Verband Dank wissen werden und ihr Wort einlösen, indem dann, wenn ihnen der nächsten Tag geworden, wieder reiferer Beitritt zur Organisation erfolgt? — Eine diesbezügliche Mahnung seitens unserer Kollegen wird vorzüglicher Weise nominiert sein.

Trotz allem ist ein starkes Anzeichen von Absterben und Sonntagsarbeit festzustellen. Geht der Begehrt von Lohn- und Sonntagsarbeit auch nicht selten von den Arbeitern, die sich selbst dazu drängen. Um ein Beispiel zu nennen: Es werden bei der G.B.A.G. im Durchschnitt täglich etwa 800—1000 Arbeitsstunden verfallen.

Jedenfalls gibt die Lage der Wirtschaft und die der Werte der Industrie kein Recht zu ihrer antisozialen Haltung gegenüber der Arbeitererschaft. Diese in seiner Beziehung gerechtfertigten Geist zu bannen, liegt im Möglichkeitsbereich der Arbeitererschaft, wenn sie nur will. Diesen Willen zum berechtigten Anteil ihres Wirkens vermag sie indes wirksam nur zu bekunden durch stärkste Organisation. Möge darum die Zeit des Aufstiegs der Wirtschaft auch Periode stärkster Belebung der Organisation sein.

Die sich herausgebildete begründete Lohnregelung hat sich für die Metallarbeitererschaft als ein großer Vorteil herausgestellt. Die Lohnverhandlungen und auch die dadurch herausgebrachte Lohn-

regelung hat in der Nordwestgruppe einen viel zu schematischen Charakter. Die Metallarbeitererschaft als solche kümmert sich kaum noch um die in den Bezugsleistungen zu bewältigenden Lohnforderungen. Im Gegensatz zu früher ist kaum noch ein persönliches Interesse an der Lohnfrage vorhanden. In Werken, wo eine gute Konjunktur herrscht, kann dies von den dort beschäftigten Arbeitern nicht so ausgegüht werden, wie es bei nur örtlichen Verhandlungsbasis möglich wäre. Auch die einzelnen Arbeiterkategorien stehen so, daß ihre qualitativen oder körperlichen Leistungen nicht die Bezahlung im Verdienst finden, wie dieses durch ein örtliches Lohnabkommen eher durchzuführen ist. In restlosen Bemühungen gelang es der Organisation, die Löhne zu erhöhen. Wenn der Verband nicht so energig gehandelt hätte, hätten die Kollegen auf manches verzichten müssen.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß trotz aller Hemmungen, die der Bewegung entgegenstehen, noch sehr große Erfolge als Resultat der Jahresarbeit vorliegen. Die Wirkung der Arbeitererschaft hat nicht vermindert, einseitig zu diktieren. Die Lohnsätze sind erhalten geblieben. Greifen wir die Lohnsteigerung in der Nordwestgruppe heraus, so ergaben sich 110.— M. für den Hilfsarbeiter und 135.— M. für den Facharbeiter als Mehrertrag infolge der Lohnsteigerung im Juni und Oktober. Au Verbandsbeitrag sind in der 1. Beitragsklasse 38.— M. zu zahlen gewesen, so daß immer wieder eine gute Verzinsung des Verbandsbeitrages für die Mitglieder und ihre Familien sich ergibt. Man darf nicht unberücksichtigt lassen, daß auch der Rahmentarif eine ganze Reihe ausreicht erhaltener Vorteile bringt. Erinnert sei nur an das Urlaubsabkommen. Der Arbeiter ist nach wie vor kraft des Betriebsratsgesetzes mitbestimmend. Der Anstoß gegen eine Fortführung der Sozialpolitik ist auf der ganzen Linie zurückgeschlagen. Unsere Kollegen in der Metallindustrie haben alle Ursache, mit Stolz und Genugtuung auf das Jubiläumsjahr des Verbandes zurückzublicken. Für die Arbeitererschaft stand im verflohenen Jahre vieles, wenn nicht alles auf dem Spiele. Die Gefahr, um Jahrzehnte zurückgeworfen zu werden, ist abgewendet. Das war möglich durch solidarische Kraft und eine Arbeit, die in sich den entschlossenen Willen zum Erfolg trug.

Der Bericht wurde von den Versammelten mit Interesse aufge-

nommen u. es folgte nach dem Bericht der Kassenspezialisten eine sehr ausgedehnte, anregende und ergiebige Aussprache. Die Führung der 13 im Berichtsjahre verstorbenen Kollegen geschah in üblicher Form. Die Entlastung des Vorstandes und Kassierers erfolgte einstimmig. In den Verwaltungsvorstand wurden gewählt die Kollegen Jilke, Werthenbach, Mehr, Lowig, Leutel, Henje und Felten. Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden, Kollegen Werthenbach nahm die Versammlung ihr Ende.

Bekanntmachung

Sonntag, den 1. März, ist der zehnte Wochenbeitrag fällig.

Briefkasten

Nach Warstein. Es hätte des Schreibens nicht bedurft, denn eure Erfolge gab der „Regulator“ in der Briefkastennotiz seiner letzten Nummer klar und deutlich zu erkennen. Immer vorwärts!

Bertausmann S., Essen. Wie Ihrreute wissen, daß man Pferde nicht nur mit Wasser satt bekommt, ebensowenig echte Gewerkschaftler nur mit Versammlungen. Dazu muß das Studium geeigneter Literatur treten. Die von dir gelobten „Bilder der Arbeit“ muß du möglichst als Lesestoff unseren Kollegen empfehlen.

Nach Köln. Der „Kasseler“ ist laut sicherer Meldung heiligtes Recht jedes Kölners. Noch mehr. Er ist Tradition und Prinzip. Daß die Kölnen aber auch noch nach anderer Seite Prinzipien haben, scheint die Werbearbeit für unseren Verband in Köln im Monat Februar und März zu beweisen.

An mehrere! Warum die sozialistische Metallarbeiterzeitung mit so großen Bildern operiert, fragst Du? Bistest Du ist für die gewerkschaftliche Stoff ausgegangen.

Scharfmacher im Sauerland

Der „Kuhm“ des Herrn Dr. Kienter-Berbert stachelte gewisse Herren des Altknaer Arbeitgeberverbandes mit ihrem Spinditus, Herrn Dr. Sams auf, ein Gleiches zu versuchen. Doch es kommt oft anders als man denkt. Auch diese Herren mußten sich von der Wahrheit dieses Satzes überzeugen. Sie bildeten einen Teil jener Kraft, die Böses will und doch Gutes schafft. Auch dem indifferenteiten Arbeiter sind durch das Vorgehen dieser Herren die Augen geöffnet worden.

Um dem Leser die Zusammenhänge klar und deutlich vor Augen zu führen, müssen wir etwas weiter ausholen.

In den letzten Inflationenmonaten des Jahres 1923 wurde für den Bezirk des Verbandes der Fabrikanteneine für den Regierungsbezirk Arnsberg, zu dem auch der Arbeitgeberverein Altknaer gehört, der jeweilige Stundenlohn bestmöglich festgelegt. Für die zweite Novemberhälfte konnte man sich nun nicht einigen. Auch war es nicht möglich, vor dem Reichskommissar eine Einigung und einen Schiedspruch zu erzielen, da die Frage, Goldlöhne oder Papiermarklöhne noch zu umfritten war. Es mußten daher wieder örtliche Lohnverhandlungen stattfinden. In dem benachbarten Werthol und Plettenberg einigte man sich für die zweite Novemberhälfte auf 580 bzw. 580 Milliarden Papiermark. In Altknaer konnte es zu einer Einigung nicht kommen, da der Arbeitgeberverein nur bereit war mit 400 Milliarden Papiermark abzuschießen. Dieses Angebot wurde von der Arbeitererschaft abgelehnt und sie versuchte nun in den einzelnen Betrieben durch Verhandlungen einen höheren Lohn herbeizuführen. Die Arbeitgeber beantworteten dieses Vorgehen mit der Schließung der Betriebe, mit der Aussperrung von über 4000 Metallarbeitern. Während des Kampfes verlor sich das Kampfbiet. Man war fräter zwar bereit, dieselbe Lohnhöhe wie Werthol und Plettenberg zu gewähren, wollte aber als Gegenleistung die Vorkriegsarbeitszeit. Der Kampf ging daher weiter. Die Folgen der Währungszerstörung und der unglückliche Kampfmonat (Dezember) bewirkten, daß der Kampf nach jetzt vierwöchentlicher Dauer verloren ging. Die Arbeit mußte bedingungslos wieder aufgenommen werden.

Der Arbeitgeberverein weigerte sich nun, weiterhin Tarifverträge mit uns abzuschließen. Er begründete dieses damit, die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sei ihm zu gering. In Wirklichkeit hatte auch ein großer Teil der Altknaer Arbeitererschaft nach dem verlorenen Kampfe die verzerrte Schlußfolgerung gezogen. Infolgedessen erst recht die gewerkschaftliche Organisation zu stärken, wandte man sich von den Verbänden ab.

Aus diesem Grunde konnte es im Jahre 1924 in Altknaer nicht zu Tarifabschlüssen kommen; die Arbeitgeber diktieren nun wieder wie vor dem Kriege wie die Arbeitszeit sich gestalten sollte, wie die Arbeitsbedingungen sein sollen und die Höhe des Stundenlohnes. Der Arbeitgeberverein änderte seine Satzungen nach dem Weibter Muster und erklärte sich tarifunfähig.

Da im Laufe des Jahres 1924 die Organisationsverhältnisse in Altknaer sich wieder wesentlich besserten, auf der einen Seite die Willkür der Arbeitgeber auch nicht länger mehr zu ertragen war, versuchten wir nun trotz alledem, mit dem Arbeitgeberverein wieder zu tariflichen Bindungen zu kommen. Am 4. Dezember wandten wir uns dieserhalb mit einer Eingabe an den Arbeitgeberverein. Der Arbeitgeberverband lehnte unter Bezugnahme auf seine veränderte Stellung in der Tariffrage jede Verhandlung ab. Er schrieb uns unterm 13. Dezember: „Auf Ihre oben bezeichnete Anfrage teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß wir nach vorgenommener Satzungsänderung zum Abschluß von Tarifverträgen nicht mehr in der Lage sind, da die Satzungsänderung unsere Tarifunfähigkeit anspricht. Der Geschäftsführer Dr. Sams.“

Wir wandten uns nun an die einzelnen Firmen und ersuchten dieselben, mit uns einen Rahmenvertrag nach dem Muster des mit dem Arnsberger Verbande abgeschlossenen, abzuschließen; desgleichen ein Lohnabkommen, das in der Spitze 60 % vorlag, mit uns zu vereinbaren. Der Arbeitgeberverein antwortete uns nun im Auftrage der von uns angeschriebenen Firmen und teilte mit, daß erst eine möglichst vollständig besuchte Generalversammlung beschließen müsse, in wie weit unserm Ersuchen stattgegeben werden könne. Von einem Beschlusse der noch nicht angelegten Generalversammlung sollten wir dann Kenntnis erhalten.

Da es dem Arbeitgeberverein darum zu tun war, die Angelegenheit möglichst lange zu verschleppen, formten wir damit nicht einverstanden sein. Wir gingen nun dazu über, die Altknaer Firmen, 51 an der Zahl, vor den staatlichen Schlichtungsanschuß laden zu lassen.

Der erste Termin vor dem Schlichtungsanschuß wurde festgelegt und es erschien als Vertreter aller beklagten 51 Firmen Herr Dr. Sams, der Syndikus des Altknaer Arbeitgebervereins. Wir lehnten selbstverständlich diesen Herrn ab, da wir auf dem Standpunkt stehen, daß ein Syndikus eines Arbeitgebervereins, der sich durch Satzungsänderung für tarifunfähig erklärt hat, nicht der Vertreter der Arbeitgeber bei Tarifabschlüssen sein kann. Eine neue Sitzung mußte daher anberaumt werden. Hierbei waren nun alle beklagten Firmen vertreten, aber hier in diesem Zwecke Vertreter entsandt, denen sie zu diesem Zwecke „Handelsvozsatz“ erteilt hatten. Recht

eigenartige und interessante Vertretungen traten durch diese Schlichtungsvollmacht zu Tage. Ein Syndikus des Arnsberger Verbandes, also der Spitzenorganisation, Herr Nolte-Nierlohn, hatte „Handelsvozsatz“ der größten Altknaer Firma, der Firma Wasse & Selwe, die circa 1300 Arbeiter beschäftigt. Der frühere Vorsitzende der Tarifkommission des Altknaer Arbeitgebervereins, Herr Woenhaus, hatte für 20 Firmen Handelsvollmacht. Außerdem hatte man noch eine Anzahl Sanidiz und Doktoren zur Hilfeleistung herangezogen. Außer zwei Sanidiz ohne Dokortitel hatte man noch sechs Doktoren herangezogen. Man hielt hieraus, daß es sich die Arbeitgeber was kosten ließen, den Tarifgedanken und die Gewerkschaften zu verschlagen. Man verlangte nun zunächst von den Gewerkschaften Vollmacht, daß dieselben auch die Altknaer Arbeitererschaft vertreten könnten. Man behauptete nämlich, die Altknaer Arbeitererschaft habe auf Befragen der Arbeitgeber erklärt, sie sei mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zufrieden, sie wolle keine tarifliche Regelung und sei auch nicht gewerkschaftlich organisiert. Die Herren mußten sich natürlich belahren lassen, daß die Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeitererschaft keine Vollmachten vorzulegen brauchten. Nach stundenlangen erregten Verhandlungen, kam der Schlichtungsausschuß nun zu dem Beschluß, die Sitzung um eine Woche zu verschieben. Bis dahin sollte dann festgesetzt werden, ob in den beklagten Firmen organisierte Arbeiter vorhanden seien, oder nicht. Wo die Fktiolegitimation sollte beigebracht werden. Nun setzte von Seiten der Arbeitgeber in fast allen Betrieben eine fleißige Tätigkeit ein, um die Organisierten und die Zahl derselben festzustellen. Mit recht eigenartigen Methoden wurde nun von Seiten der Arbeitgeber gearbeitet. Mancher ging persönlich im Betriebe von Arbeiter zu Arbeiter und ließ sich von jedem persönlich den Revers unterschreiben, in dem es hieß, daß der Unterzeichnete mit seinem Lohn- und Arbeitsverhältnis zufrieden sei, keinen Tarif haben wolle und außerdem unorganisiert sei. Während man bei früheren Bestimmungen oder Festsetzungen im Betriebe von Seiten der Arbeitgeber mit Voraussetzen darüber machte, daß ja kein Kundendienst unter 18 Jahren mit abstimme, eine man jetzt den umkehrten Weg. Zuerst ging man zu den 14jährigen Jungen und Mädchen und dann erst zu den älteren. Wieder in anderen Betrieben sollten die Schwere von den Pöcken gefordert werden. Der Chef ließ die Arbeitererschaft zusammentreten und forderte auf: „Die Organisierten treten zu meiner Linken und die Unorganisierten zu meiner Rechten.“ In anderen Betrieben, wo alles im Stillstand arbeitete, verfuhrte man die Zustimmung dadurch zu beeinflussen, indem man durch Anschlag der Belohnung bekannt gab, daß wenn sie für die Gewerkschaften seien in Zukunft nur noch der nofte Tariflohn ausbezahlt würde. Wir sollen zur Illustration eine Bekanntmachung der Firma Meese Söhne folgen:

Wir richten an unsere sämtlichen Arbeiter die Anfrage, ob sie wieder die Einführung des Lohntarifs wünschen. Diejenigen Arbeiter, die es wünschen, können sich in die Liste eintragen lassen. Die auf dem Kantor offen liegt. Diese Leute, die eine Entlohnung nach Tarif und somit die Vermittlung der Gewerkschaften der direkten Verhandlung mit uns vorziehen, werden künftighin aber auch nur den tarifmäßigen Lohn erhalten.

Den Voreil ich noch natürlich die Firma Knipptna, eine Abteilung von Deuffhür ab. Die Beamten der Firma wurden beauftragt, der Arbeitererschaft mitzuteilen, daß eine Abstimmung über die Organisationszugehörigkeit erfolgen müsse. Vor der Abstimmung, die Stimme wurde einzeln im Meßerführer abgehört zu werden noch mitgeteilt, daß der im Vorjahre erfolgte Lohnabzug von 30 Prozent ab 1. Januar um 15 Prozent rückgängig gemacht werden sollte. Am Abstimmungstage sollten diese 15 Prozent ab 1. Januar wieder zurückgezahlt werden. Wenn aber die Abstimmung gegen die Firma lautete, das heißt wenn die Arbeitererschaft für tarifliche Bindungen sei und damit bekunde, daß sie organisiert sei, würden die 15 Prozent sofort wieder abgezogen. Wenn es dann zum Tarif komme, würden in Zukunft nur noch die tariflichen Mindestlöhne gezahlt werden und alle bisher höher gezahlten Löhne sofort abgezogen.

Von der Metallarbeitererschaft fand nun eine stark besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Die sich mit den Vorkommnissen beschäftigte. Nach einander Aussprache wurde dann nachfolgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Die heute, am 31. Januar 1925 im „Westfälischen Hof“ stattfindende überfüllte Versammlung der Altknaer Arbeitererschaft erklärt, daß sie vor wie nach hinter den gefestigten Forderungen der drei Metallarbeiterverbände, für Altknaer wieder tarifliche Bindungen zu bekommen, stehen. Sie protestiert ganz entschieden gegen die Unterstellung der Altknaer Arbeitergeber, daß sie nicht hinter der Forderungen der Gewerkschaften ständen und mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen zufrieden seien. Sie verpflichten ihre ganze Kraft einzusetzen, daß auch der kleine Teil der nichtorganisierten Arbeitererschaft der drei Metallarbeiterverbänden zugeführt wird.“ (Schluß folgt).